

## **So gelingt wirklich zirkuläres Wirtschaften!**

### **BNW-Forderungen für ambitionierte politische Rahmenbedingungen**

Das Potenzial von zirkulärem Wirtschaften und die Notwendigkeit einer Transformation hin zu einer Circular Economy ist in den Debatten über alle Branchen und Lager hinweg unstrittig – so ungewöhnlich das in der politischen und wirtschaftlichen Debatte ist, so einzigartig ist die damit einhergehende Chance. Bei konsequenter Umsetzung kann zirkuläres Wirtschaften die Abhängigkeit von Primärrohstoffen reduzieren, die Resilienz in den Wertschöpfungsketten stärken, neue Arbeitsplätze schaffen und einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten. Durch eine Veränderung von Produktion und Konsum entsprechend der Maßgaben einer Circular Economy in Deutschland können globale Umweltkosten von 157 Mrd. € vermieden werden.<sup>1</sup>

Die Produktion der Zukunft ist vollständig zirkulär. Die eingesetzten Rohstoffe sind zukünftig nahezu vollständig erneuerbar. Die Umsetzung einer Circular Economy erfordert eine systemische Betrachtung, die Produktdesign, Produktion, Nutzungsphase, Wiederverwendung, Wieder-/Weiternutzung und Verwertung umfasst. In allen Branchen wird Wertschöpfung neu gedacht. In einer ganzheitlichen, nachhaltigen Circular Economy werden Produkte und Prozesse so gestaltet sein, dass Materialien in technischen und biologischen Kreisläufen zirkulieren können. Nachhaltig wirtschaftende Unternehmen nehmen eine Vorreiterrolle ein: Mit innovativen Materialien, Produkten und Technologien, sowie zirkulären Geschäftsmodellen tragen sie über die gesamte Wertschöpfungskette maßgeblich zu einer zirkulären Wirtschaft bei.

In einer Circular Economy müssen sich Produkte und Dienstleistungen durchsetzen, die einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dafür müssen nationale und europäische Maßnahmen und politische Rahmenbedingungen zirkuläres Wirtschaften belohnen. Erst dann können sich zirkuläre Produkte und Dienstleistungen flächendeckend am Markt durchsetzen. Dabei ist es wichtig, dass die Produkte und Dienstleistungen, im entsprechenden Nutzungsszenario, geringe Umweltauswirkungen nachweisen können. Als Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) unterstützen wir europäische und nationale Maßnahmen, die konkret darauf ausgerichtet werden, Potenziale für innovative, zirkuläre Materialien zu heben und den Einsatz von recycelten und nachwachsenden Rohstoffen zu forcieren. Rahmenbedingungen für zirkuläre Geschäftsmodelle und Maßnahmen zur Verlängerung der Produktlebensdauer müssen verbessert werden. Zusätzlich müssen Digitalisierung und die Transparenz für Verbraucher:innen vorangetrieben werden.

#### **Kernforderungen**

- Zirkuläres Produktdesign als Enabler einer Circular Economy
- Digitalisierung und Datenmanagement in Wertschöpfungsketten fördern
- Steuern und Subventionen auf die Circular Economy ausrichten
- Transparenz und Rechte für Verbraucher:innen stärken
- Incentivierung von zirkulären Geschäftsmodellen, Mehrwegsystemen und Wiederverwendung
- Zirkularität in der öffentlichen Beschaffung etablieren
- NKWS zum Umsetzungshebel machen

---

<sup>1</sup> Prakash, S., Löw, C., Antony, F., Dehoust, G., Stuber-Rousselle, K., Liu, R., ... & Helleckes, H. (2023). Modell Deutschland Circular Economy. Modellierung und Folgenabschätzung einer Circular Economy in 9 Sektoren in Deutschland.

### **Zirkuläres Produktdesign als Enabler einer Circular Economy**

Für Unternehmen einer Circular Economy ist klar: Die von Anfang an zirkuläre Gestaltung von Produkten, Prozessen und Geschäftsmodellen sind der Schlüssel einer Circular Economy. Im Design des Produktes wird ein erheblicher Anteil der Umweltauswirkungen bestimmt. Durch zirkuläres Produktdesign kann die Lebensdauer maximiert und das Produkt am Ende der Nutzungsphase nahezu ohne Materialverluste wieder in den Kreislauf gegeben werden. Bei Verbrauchsprodukten, bei denen technische Kreisläufe nicht umsetzbar sind, kann Ressourcenverlust und Verschmutzung durch umweltschonende und (bio)zirkuläre Gestaltung verhindert werden. Der BNW fordert ambitionierte Vorgaben für das zirkuläre Design von Produkten in der Ökodesign-, Verpackungs- und Bauprodukteverordnung. Sie sind das Herzstück einer ganzheitlichen Circular Economy in Europa und in Deutschland.

Darüber hinaus wäre die Umsetzung ökomodulierter erweiterter Herstellerverantwortungs-Systeme (EPR-System) ein wirksames Instrument, um Anreize für vorgelagerte Produktdesign-Anpassungen zu schaffen. Aktuell decken EPR-Gebühren vor allem die Kosten des Abfallmanagements ab, Anreize für das Produktdesign ergeben sich daraus nicht. Daher fordert der BNW die Umsetzung ökomodulierter EPR-Systeme auf EU-Ebene. Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen für die Circular Economy konzipieren (z.B. Langlebigkeit, hoher Rezyklateinsatz, Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen, Modularität, Reparierbarkeit), müssen von reduzierten Gebühren im ökomodulierten EPR-System profitieren. Unabhängig belegte positive Umweltauswirkungen sind hierfür ein zentrales Argument. Wichtig ist die Einführung eines europaweit einheitlichen EPR-Systems, das – vor allem für KMU – den bürokratischen Aufwand erheblich reduzieren würde.

### **Steuern und Subventionen auf die Circular Economy ausrichten**

Die Transformation zu einer Circular Economy wird nur gelingen, wenn die ökonomischen Rahmenbedingungen dies wirtschaftlich attraktiv machen. Ohne nachhaltigen Business Case gibt es keinen klimaschonenden Wandel. Dafür müssen kontraproduktive Anreize beendet und neue Anreize für zirkuläres Wirtschaften geschaffen werden. Der BNW fordert den Abbau bestehender Subventionen, die zirkuläres Wirtschaften hemmen – unter Berücksichtigung von Stoffströmen und Nutzungsszenarien sowie über klassische Branchengrenzen hinweg. Derzeit verstärken öffentliche Subventionen den bestehenden Wettbewerbsnachteil für nachhaltige Technologien und erschweren, dass sich nachhaltig-zirkuläre Innovationen am Markt etablieren. Es braucht den Stopp von Subventionen und Geldern für klimaschädliche und ressourcenintensive Praktiken und Technologien. Dazu zählt unter anderem die Abschaffung des Energiesteuerprivilegs für petrochemische Produkte. Bis heute ist das fossile Material Erdöl in der Kunststoffproduktion nicht dem Einsatz von Erdöl für die Herstellung von Treibstoff gleichgestellt. Es ist zu prüfen, wie die Energiesteuer auch hier im Falle eines Einsatzes als „Material“ greifen kann. Der BNW fordert gleichzeitig steuerliche Entlastungen für zirkuläres Wirtschaften. Eine entsprechende Lenkungswirkung haben unter anderem steuerliche Entlastungen für den Einsatz von nachhaltigen, zirkulären Materialien (Rezyklate, nachhaltige Biomasse) und Entlastung für Maßnahmen, die die Produktlebensdauer verlängern oder Materialien im Kreislauf halten.

### **Digitalisierung und Datenmanagement in Wertschöpfungsketten fördern**

Das Erheben und Bereitstellen von Daten ist für zirkuläres Wirtschaften zentral. Ein positiver Effekt einer digitalisierten Circular Economy ist die Transparenz von verfügbaren Materialströmen inklusive Verfügbarkeiten und Produktqualitäten. Dafür muss innerbetrieblich und in den Wertschöpfungsketten die Digitalisierung der geschäftlichen Prozesse vorangetrieben werden, um die Nachverfolgbarkeit von Produkteigenschaften (Materialeinsatz, Rezyklatgehalt, Nutzungsintensität, Reparaturangaben, Gewährleistung, Recyclingfähigkeit) und Stoffströmen zu gewährleisten. Der BNW befürwortet, dass entsprechende produktbezogene Informationen künftig in einem digitalen Produktpass (DPP) abgelegt werden müssen. Der DPP muss auf bestehenden Standards und Instrumenten wie den Umweltproduktdeklarationen (EPD) und dem Produktzirkularitätsdatenblatt (PCDS) aufbauen. Dieses

System muss für KMU einfach zu bedienen sein und die Möglichkeit bieten, eigene Daten einfach einzupflegen. Für die Baubranche ist der digitale Gebäuderessourcenpass ein gutes Beispiel für die Digitalisierung von Materialien in Gebäuden. Der BNW fordert finanzielle und kapazitätsbildende Unterstützungsangebote für KMU, damit sie die entstehenden Aufwände für Digitalisierung und Datenmanagement stemmen können. Unterstützungsangebote sollten auf die zirkuläre Transformation ausgerichtet sein und Digitalisierung und Circular Economy verknüpfen.

### **Transparenz und Rechte für Verbraucher:innen stärken**

Zirkuläre Produkte und Dienstleistungen müssen sich am Markt klar von konventionellen Produkten abgrenzen können. Die EU will mit unterschiedlichen Initiativen (Empowering Consumers Directive, Green Claims Directive) mehr Transparenz für Verbraucher:innen schaffen, was der BNW grundsätzlich begrüßt. Nachhaltig und zirkulär wirtschaftende Unternehmen müssen am Markt transparent und datengestützt nachweisen können, dass ihre Produkte geringe Umweltauswirkungen haben. Für Verbraucher:innen braucht es klar erkennbare Informationen zur Zirkularität von Produkten. Diese können in einem digitalen Produktpass zur Verfügung gestellt werden. Dabei müssen mindestens Informationen zu Inhaltsstoffen, Produktstatus, Reparatur- und Maintenance-Informationen sowie konkret nachvollziehbare Umweltwirkungen bereitgestellt werden.

Für Elektrogeräte bietet ein Nachhaltigkeitsindex nach französischem Vorbild (Reparierbarkeitsindex wird aktuell überarbeitet) eine gute Möglichkeit, um besonders reparierbare und modulare Produkte gegenüber Verbraucher:innen auszuweisen. Das ist vor allem für IKT & Elektrogeräte relevant. Gleichzeitig müssen auch die Rechte der Verbraucher:innen gestärkt werden. Der BNW unterstützt ein universelles Recht auf Reparatur, um die Lebensdauer von Produkten zu verlängern. Um den Anreiz für Reparaturen zu verstärken, muss es mit einem Reparaturbonus oder einer Mehrwertsteuersenkung für Reparaturdienstleistungen gepaart werden.

### **Incentivierung von zirkulären Geschäftsmodellen, Mehrwegsystemen und Wiederverwendung**

Eine wirklich nachhaltige Kreislaufwirtschaft umfasst auch komplett neue Geschäftsmodelle. Zirkuläre Geschäftsmodelle (Mietmodelle, Pooling-Systeme) können erheblich zu Ressourcenschonung und Förderung der Kreislaufwirtschaft beitragen. Bei diesen Geschäftsmodellen steht nicht der Verkauf eines Produktes nach der „make-take-use-lose“-Logik im Vordergrund. Das Produkteigentum liegt beim Hersteller bzw. Geschäftsmodellanbieter. Nutzenbasierte Geschäftsmodelle sind damit wirtschaftliche Maßnahmen zur Optimierung der Ressourceneffizienz. Es liegt im direkten Interesse des Anbieters, Produkte zu reparieren und Materialien wiederzuverwenden bzw. wiederzuwerten. Zirkuläre Geschäftsmodelle und Mehrwegsysteme haben, im richtigen Nutzungskontext, erhebliches ressourcenschonendes Potential. Zusätzlich kann auch die direkte Wiederverwendung von Produkten und Materialien den Einsatz von Primärrohstoffen reduzieren. Finanzierungen für diese Geschäftsmodelle bringen komplexe Anforderungen mit sich. Der BNW fordert eine konsequente Unterstützung für zirkuläre Geschäftsmodelle, Mehrwegsysteme und Wiederverwendung, die positive Umweltauswirkungen haben.

### **Zirkularität in der öffentlichen Beschaffung etablieren**

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz beinhaltet bereits eine Pflicht zur Beschaffung von nachhaltigen und zirkulären Materialien, Produkten und Dienstleistungen. Eine entsprechende Lenkungswirkung ist, trotz gesetzlicher Verpflichtung, nicht zu erkennen. Die Beschaffung nachhaltiger und zirkulärer Produkte und Dienstleistungen zahlt sich gesamtgesellschaftlich wirtschaftlich aus. Zirkuläre Produkte und Dienstleistungen können zwar im Einkauf teurer sein, weisen aber geringere Lebenszykluskosten und geringere Umweltauswirkungen auf (z.B. überlegene Energieeffizienz, geringere CO<sub>2</sub>-Emissionen, hohe Reparierbarkeit oder Langlebigkeit, hohe Recyclingfähigkeit). Der BNW fordert daher die verpflichtende Berücksichtigung dieser Kosten bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen auf allen Verwaltungsebenen. Bei der öffentlichen Beschaffung muss immer klar sein, wann der wirtschaftliche Vorteil eintritt. Dies sollte als Vorgabe im Beschaffungsvorgang festgelegt werden (z.B. Vollkostenansatz über Lebensdauer oder CO<sub>2</sub> Schattenpreis). Je umweltfreundlicher und zirkulärer die Produkte und

[Positionspapier]

Dienstleistungen im Vergleich zu konventionellen Produkten sind, desto stärker sollte sich diese Überlegenheit im Angebotspreis widerspiegeln. Außerdem muss der Umgang mit möglichen Mehrkosten zirkulärer Beschaffung klarer geregelt und das Verhältnis zu Wirtschaftlichkeitsvorgaben konkretisiert werden.

### **NKWS zum Umsetzungshebel machen**

Eine auf lineares Wirtschaften ausgelegte Regulatorik hält zirkuläres Wirtschaften und nachhaltige Innovationen in vielen Branchen auf (z.B. Abfallende für Bauprodukte). Die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS, aktuell in Erarbeitung) soll nationale Regulatorik auf den Prüfstand stellen. Eine stoffstromspezifische Betrachtung der bestehenden Regulatorik muss aufzeigen, wo die größten Barrieren für zirkuläres Wirtschaften sind und diese aufheben. Außerdem muss die NKWS zirkuläres Wirtschaften attraktiver machen. Der BNW unterstützt die Initiative der Bundesregierung. Regulatorik muss auf das übergeordnete Ziel der nachhaltigen Circular Economy ausgerichtet werden. Dabei müssen Strategien, die Schnittmengen zum zirkulären Umbau der Wirtschaft aufweisen, bei der Erarbeitung der NKWS stärker berücksichtigt werden (u.a. Biomassestrategie, Bioökonomiestrategie, nationale Rohstoffstrategie). Auch der verstärkte Vollzug bestehender Regulatorik muss in der NKWS berücksichtigt werden (u.a. Mehrwegangebotspflicht). Die NKWS muss in Ergänzung zu europäischen Initiativen alle Steine für zirkuläres Wirtschaften in Deutschland aus dem Weg räumen.

**Stand: 19.10.2023**

#### Kontakt

#### **Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.**

Konstantin Litke  
Leiter Politik & Kommunikation  
[litke@bnw-bundesverband.de](mailto:litke@bnw-bundesverband.de)

Felix Arnold  
Referent für Kreislaufwirtschaft  
[arnold@bnw-bundesverband.de](mailto:arnold@bnw-bundesverband.de)